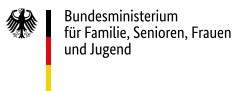


Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Deutsches
Jugendinstitut

Empirische Studie

Herausgegeben von Leon A. Brandt, Stepanka Kadera, Laura Meijer, Pia Sauer mann

Was brauchen Demokratieförderung und Extremismusprävention?

Empirische Befunde eines Verbundprojekts zur Analyse von Bedarfen
bei Jugendlichen und Fachkräften



Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.	Deutsches Jugendinstitut
Deutsches Jugendinstitut	Außenstelle Halle
Nockherstraße 2	Franckeplatz 1, Haus 12/13
81541 München	06110 Halle

Satz/Layout: graphodata GmbH

Quellennachweise:

Titelbild: adobe.stock/Дженіфер Сікора

Datum der Veröffentlichung:

November 2024

ISBN: 978-3-86379-541-2

DOI: 10.36189/DJI202437

Ansprechpartner:

Dr. Björn Milbradt

Telefon: +49 345 68178-37

E-Mail: milbradt@dji.de

Inhalt

1. Demokratieförderung und Extremismusprävention – Wie gelingt die Ermittlung von Bedarfen?	4
2. Fokus: Jugendliche und junge Erwachsene	8
2.1 Politische Orientierungen	8
2.2 Politische Partizipation	11
2.3 Demokratiegefährdende Phänomene	12
2.4 Bedürfnisse nach Beratung und politischer Bildung	15
2.5 Zwischenbilanz: Bedarfe bei jungen Menschen	18
3. Fokus: Fachkräfte	20
3.1 Kindertageseinrichtungen	20
3.2 Schulen	23
3.3 Zwischenbilanz: Bedarfe an Kindertageseinrichtungen und Schulen	25
3.4 Kinder- und Jugendhilfe	25
3.5 Zwischenbilanz: Bedarfe der Kinder- und Jugendhilfe	27
4. Fazit	29
5. Literaturverzeichnis	30

Demokratieförderung und Extremismus- prävention – Wie gelingt die Ermittlung von Bedarfen?

(von Leon A. Brandt, Stepanka Kadera, Laura Meijer & Pia Sauermann)

Zahlreiche Projekte, Initiativen und Akteurinnen und Akteure engagieren sich für ein demokratisches Zusammenleben und eine tolerante und vielfältige Gesellschaft. Ein wichtiger Pfeiler dieser Aktivitäten ist das zivilgesellschaftliche Engagement vieler Menschen in Deutschland. Dabei besteht die Möglichkeit einer staatlichen Unterstützung. So fördert – neben verschiedenen Fördermöglichkeiten in den Bundesländern – das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ seit 2015 „zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft“ (Infos unter: www.demokratie-leben.de). Die drei Kernziele des Programms sind: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen.

Im Jahr 2025 beginnt die neue Förderphase von „Demokratie leben!“. Damit die Planung und Konzeption des neuen Programms an gesellschaftliche Bedarfslagen anschließt, wurden wissenschaftliche Projekte zur Ermittlung von Bedarfslagen in den Bereichen Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung gefördert. Das Anliegen der Projekte war es, einen breiten und möglichst ergebnisoffenen Blick auf potenzielle Bedarfslagen zu werfen. Im Fokus der Forschung standen dabei Jugendliche und junge Erwachsene – die zentrale Zielgruppe des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

An der Durchführung der Teilstudien waren mehrere Forschungsinstitute beteiligt: Das Deutsche Jugendinstitut e.V. und das SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies widmeten sich im Rahmen einer Forschungs Kooperation den Bedarfslagen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention. Die vorliegende Broschüre bezieht sich auf vier empirische Studien dieser Kooperation und gibt Einblicke in die zentralen Befunde, die in diesen Studien gewonnen wurden. Ebenfalls Teil des Forschungsverbunds war das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), das als externer Partner den Bereich Vielfaltgestaltung untersuchte. Die Ergebnisse dieser Studien sind nicht in der vorliegenden Broschüre enthalten, können aber in den entsprechenden Projektberichten¹ eingesehen werden.

Die Ermittlung von Bedarfslagen in den genannten Bereichen steht vor einigen Herausforderungen. Zum einen stellt sich die Frage, welche gesellschaftlichen Phänomene als problematisch erachtet werden und folglich auf einen Bedarf an Maßnahmen der Demokratieförderung, Extremismusprävention oder Vielfaltgestaltung hinweisen. Zum anderen müssen die Perspektiven der Zielgruppe, also der jungen Menschen selbst, sowie auch weiterer beteiligter Akteurinnen und Akteure (z.B. pädagogischer Fachkräfte) berücksichtigt werden.

Um dieser Breite und Vielschichtigkeit des Gegenstands Rechnung zu tragen, wurden im Rahmen des hier berichteten Forschungsvorhabens verschiedene Teilstudien realisiert. Ziel war es, durch die unterschiedlichen Forschungsdesigns und thematischen Schwerpunkte ein möglichst umfassendes Bild der Bedarfslagen zu erhalten. Neben eigenen qualitativen und quantitativen Erhebungen wurden nationale und internationale Daten und Befunde miteinbezogen: Sowohl aktuelle wissenschaftliche Publikationen als auch zugängliche Datensätze wurden mit Blick auf Bedarfe der Demokratieförderung und Extremismusprävention ausgewertet.

Die Broschüre setzt zwei thematische Schwerpunkte: Berichtet werden empirische Befunde zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Kapitel 2) sowie zur Fachpraxis in KiTas, Schulen sowie der Kinder- und Jugendhilfe (Kapitel 3). Das abschließende Kapitel 4 enthält ein übergreifendes Fazit zu den Bedarfen der jungen Menschen sowie der Fachkräfte.

¹ <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/die-vielfaeltige-gesellschaft-gestalten/>

Überblick über die empirischen Studien, die im Rahmen des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention“ (www.dji.de/Bedarfsanalysen) realisiert wurden:

Die vorliegende Broschüre bezieht sich auf die Sekundäranalysen, die Jugendbefragung, die quantitative Fachkräftebefragung und die qualitative Erhebung Kinder- und Jugendhilfe.

Systematischer Literaturüberblick (nicht in dieser Broschüre enthalten)

Zeitraum: 2023 (1. Halbjahr)

Forschungsthemen: Politische Orientierungen junger Menschen; jugendspezifische demokratiegefährdende Phänomene; Herausforderungen der Fachpraxis

Methodisches Vorgehen: Systematische Literatursuche (schlagwortbasiert), schriftliche Synthese

Datenbasis: empirische Publikationen, die ab 2015 veröffentlicht wurden

Beteiligte Institute: DJI

Abschlussbericht unter →



Sekundäranalysen

Zeitraum: 2023

Forschungsthemen: politische Orientierungen junger Menschen; jugendspezifische demokratiefeindliche Phänomene; Herausforderungen der Fachpraxis

Befragte Zielgruppen: Fokus auf jungen Menschen bis 27 Jahre, ältere Bevölkerung als Vergleichsgruppe (variiert nach Datensatz)

Methodisches Vorgehen: deskriptive, bi- und multivariate Analysen

Datenbasis: nationale und internationale Datensätze aus der Umfrageforschung (z.B. European Social Survey, PISA-Studie)

Beteiligte Institute: DJI

Abschlussbericht unter →



Jugendbefragung

Zeitraum: 2023

Forschungsthemen: politische und demokratische Orientierungen junger Menschen; Unterstützungs-, Beratungs- und Lernbedürfnisse; Diskriminierung; Kontakt mit extremistischen Einstellungen und Hass im Netz

Befragte Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene (16 bis 27 Jahre)

Methodisches Vorgehen: standardisierte Online-Erhebung, deskriptive und bivariate Analysen

Fallzahl: 1.527 Jugendliche und junge Erwachsene

Beteiligte Institute: DJI

Abschlussbericht unter →



Quantitative Fachkräftebefragung

Zeitraum: 2023

Befragte Zielgruppen: Leitungen der KiTas und Schulen

Forschungsthemen: Konflikte mit Eltern/Mitarbeiter:innen mit verschwörungstheoretischen oder demokratiefeindlichen Überzeugungen in KiTas und Schulen; Fortbildungs- und Beratungsbedarfe an KiTas und Schulen

Methodisches Vorgehen: standardisierte Online-Befragungen (6 Items) als Add-On zu bereits laufenden Erhebungen (Befragung der DJI-Ukraineforschung an KiTas, Schulmonitoring der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs)

Fallzahl: 533 KiTas, 1.235 Schulen

Beteiligte Institute: DJI



Abschlussbericht unter →

Qualitative Erhebung Kinder- und Jugendhilfe

Zeitraum: 2023

Forschungsthemen: Konflikte mit Eltern und jungen Menschen mit demokratiefeindlichen und verschwörungstheoretischen Überzeugungen in der Kinder- und Jugendhilfe; Bedarfe der sozialpädagogischen Fachkräfte nach Fortbildung, Beratung und Unterstützung

Befragte Zielgruppen: Fachkräfte aus den gesetzlichen Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe (Sozialer Dienst im Jugendamt, Hilfen zur Erziehung, Schul- und Jugendsozialarbeit)

Methodisches Vorgehen: Gruppendiskussionen (Fokusgruppen)

Fallzahl: 6 Gruppendiskussionen mit 42 Fachkräften

Beteiligte Institute: SOCLES, DJI



Abschlussbericht unter →

Teilstudie 6: Qualitative Befragung mit Jugendlichen (nicht in dieser Broschüre enthalten)

Zeitraum: 2024

Forschungsthemen: politisches Interesse, politisches Engagement, politische Bildung, Lernbedürfnisse zu politischen Themen

Befragte Zielgruppen: Jugendliche (16 bis 20 Jahre)

Methodisches Vorgehen: Leitfadeninterviews

Fallzahl: 20

Beteiligte Institute: DJI

Abschlussbericht unter: <https://www.dji.de/Bedarfsanalysen/Publikationen>
(erscheint voraussichtlich im Januar 2025)

Alle Berichte des Verbundprojekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ finden Sie auch unter: <https://www.dji.de/Bedarfsanalysen/Publikationen>

Fokus: Jugendliche und junge Erwachsene

(von Laura Meijer & Pia Sauer mann)

Jugendliche und junge Erwachsene sind die zentrale Zielgruppe von Projekten der Demokratieförderung und Extremismusprävention. Entsprechend liegt auch bei der Ermittlung von Bedarfslagen ein Schwerpunkt auf Forschungsergebnissen zu jungen Menschen. In dieses Kapitel fließen insbesondere die Ergebnisse der → Jugendbefragung ein. Überdies wird an einigen Stellen zu Befunden der → Sekundäranalysen berichtet, die auf einer breiten Datenbasis basieren und u.a. europäische Vergleiche und die Betrachtung zeitlicher Entwicklungen erlauben. Hinweise auf Bedarfslagen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention lassen sich auf zwei Wegen ableiten: (1) indirekt, z.B. über die Verbreitungsgrade problematischer politischer Haltungen, und (2) direkt, aus den Angaben der jungen Menschen zu ihren Bedürfnissen nach Beratung, Unterstützung oder politischen Lernangeboten.

2.1 Politische Orientierungen

Wie stehen junge Menschen zu Politik und Demokratie? Zur Beantwortung dieser Frage wird in der Wissenschaft eine Vielzahl von Parametern herangezogen, die jeweils spezifische Aspekte dieses Verhältnisses betonen. Für die → Jugendbefragung wurden drei zentrale Konstrukte herausgegriffen: Das **politische Interesse**, die **Demokratiezufriedenheit** und die **politische Selbstwirksamkeit**. Entsprechend ergeben die Daten ein grobes Bild darüber, wieviel Aufmerksamkeit junge Menschen politischen Ereignissen und Themen zumessen, wie sie zur Demokratie als Staatsform, aber auch zum Funktionieren der Demokratie in Deutschland stehen und wie sie eigene Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten einschätzen.

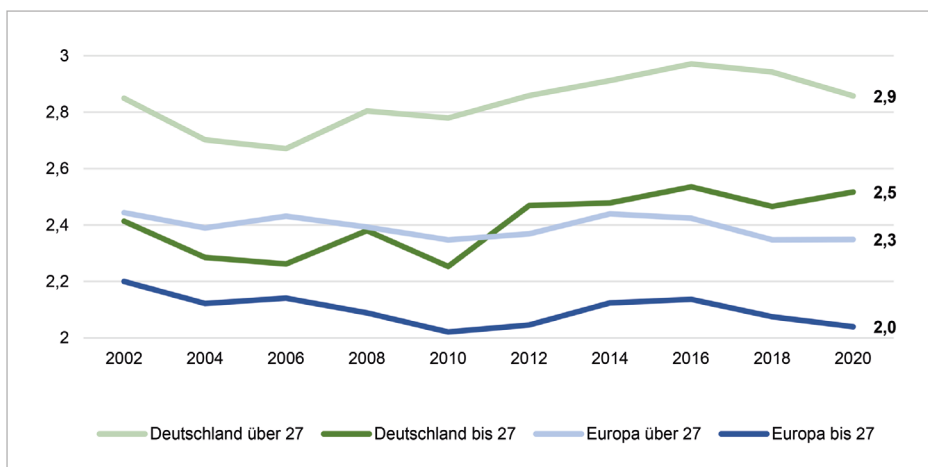
Politisches Interesse: gravierende Unterschiede nach Geschlecht und Bildung

Knapp ein Drittel der befragten jungen Menschen gibt an, sich überhaupt nicht oder wenig für Politik zu interessieren. Zusammenhangsanalysen weisen darauf hin, dass dieser Anteil längst nicht bei allen Teilgruppen gleich hoch ist. Auffällige Unterschiede zeigen sich nach Geschlecht: So liegt der Anteil politisch Gering-

interessierter unter den jungen Männern bei 24 Prozent gegenüber 42 Prozent bei den jungen Frauen. Und auch die Unterschiede nach Bildung sind gravierend: Jeder zweite Befragte mit einfacher Schulbildung (z.B. Hauptschule) interessiert sich nicht oder nur wenig für Politik. Bei (ehemaligen) Gymnasiastinnen und Gymnasiasten trifft dies nur auf etwa jeden fünften zu.

Die Ergebnisse der → Sekundäranalysen geben Aufschluss darüber, wie sich das politische Interesse junger Menschen in Deutschland im Vergleich zu anderen Altersgruppen und zum übrigen Europa verhält und wie es sich seit Beginn des Jahrtausends entwickelt hat (vgl. Abb. 1). Sowohl für Deutschland als auch für die restlichen europäischen Länder zeigt sich, dass ältere Befragte (über 27 Jahre) ein höheres politisches Interesse aufweisen als jüngere Befragte (16 bis 27 Jahre). Generell liegt das politische Interesse in Deutschland jedoch auf einem höheren Niveau als im restlichen Europa. Für junge Menschen in Deutschland weisen die Daten auf einen Anstieg des politischen Interesses seit dem Jahr 2010 hin.

Abbildung 1: Entwicklung des politischen Interesses in Deutschland und Europa nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des European Social Survey (ESS); vgl. Bericht zu den Sekundäranalysen S.16.

Anmerkungen: Angegeben sind die Mittelwerte beider Altersgruppen für Deutschland und Europa auf einer vierstufigen Skala von 1 = „gar nicht interessiert“ bis 4 = „sehr interessiert“. Itemtext: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“, Fallzahlen (2020): Deutschland: N = 8.187, Europa: N = 42.776

Generelle Zustimmung zur Demokratie, aber geringe Zufriedenheit

Bei der Einstellung zur Demokratie lässt sich zwischen der generellen Bewertung der Demokratie als Staatsform und der Bewertung ihres aktuellen Funktionierens in Deutschland unterscheiden. Ein zentraler Befund ist, dass die überwiegende

Mehrheit der jungen Menschen die Demokratie durchaus als die beste Staatsform erachtet (71 Prozent stimmen eher oder völlig zu). Deutlich skeptischer bewerten die Befragten jedoch das gute Funktionieren der Demokratie (45 Prozent stimmen eher oder völlig zu). Die Zustimmung zu beiden Aspekten ist unter männlichen Befragten höher als unter weiblichen Befragten, wobei die Einschätzungen bezogen auf das Funktionieren der Demokratie in Deutschland zwischen den beiden Geschlechtern stärker auseinandergehen. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch hier, je nachdem welche Schulform die Befragten besuchen bzw. besucht haben, wobei junge Menschen mit höherer Schulbildung jeweils deutlich häufiger die Demokratie als beste Staatsform erachten und mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind.

Politische Selbstwirksamkeit

Die politische Selbstwirksamkeit beschreibt die Überzeugung, einen Einfluss auf die politische Willensbildung und auf politische Entscheidungen nehmen zu können (Oberle et al. 2023, S. 26). Sie gilt als motivationale Voraussetzung für jegliche Auseinandersetzung mit Politik bis hin zur aktiven politischen Partizipation. Zum einen umfasst sie die subjektive Einschätzung eigener politisch relevanter Kompetenzen und Kenntnisse (interne politische Selbstwirksamkeit), zum anderen die Bewertung von Einflussmöglichkeiten auf das politische System (externe politische Selbstwirksamkeit).

Junge Menschen fühlen sich von Politikerinnen und Politikern nicht gehört

Ein zentraler Befund zur internen bzw. externen politischen Selbstwirksamkeit ist, dass die jungen Menschen die eigenen Kompetenzen deutlich häufiger gut bewerten als die Responsivität des politischen Systems. So geben z.B. 48 Prozent an, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können, während nur 8 Prozent der Meinung sind, dass Politiker:innen sich darum kümmern, was junge Leute denken. Darüber hinaus ist sowohl die interne als auch die externe politische Selbstwirksamkeit bei jungen Männern höher als bei jungen Frauen und bei Befragten mit hohem (formalem) Bildungsniveau höher als bei Befragten mit mittlerem und einfachem Bildungsniveau. Diese Unterschiede zeigen sich jedoch deutlicher bei der Bewertung der eigenen Kompetenzen, also bei der internen politischen Selbstwirksamkeit.

Im Rahmen der → Sekundäranalysen wurde die interne politische Selbstwirksamkeit junger Menschen anhand der Daten des *European Social Survey* von 2016 bis 2020 untersucht. Die Befunde deuten darauf hin, dass das Vertrauen in die eigene Fähigkeit, sich an Politik zu beteiligen, bei den jungen Menschen in Deutschland im europäischen Vergleich relativ hoch ist.

2.2 Politische Partizipation

Junge Menschen setzen sich auf unterschiedlichste Arten für ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen ein. Wenn im öffentlichen oder wissenschaftlichen Diskurs die politische Partizipation junger Menschen thematisiert wird, so geschieht dies häufig unter der Annahme, dass eine politisch aktive Jugend wünschenswert ist. Zum einen, weil eine politisch informierte und aktive Jugend eine lebendige Demokratie von morgen zu prognostizieren scheint, zum anderen, weil junge Menschen spezifische Interessenslagen haben, die im politischen Prozess vertreten werden sollten.

Politische Partizipation junger Menschen

Politische Partizipation bezeichnet nach einer weit verbreiteten Definition Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, die freiwillig ausgeführt werden, um Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Kommune, Land, Bund, Europa) zu beeinflussen (Kaase 1997). Wichtig ist, dass hierunter nicht nur konventionelle und institutionalisierte Beteiligungsformen wie die Teilnahme an Wahlen oder die Mitarbeit in einer Partei oder Bürgerinitiative fallen. Vielmehr gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich für politische Themen einzusetzen. Gerade auch der digitale Raum eröffnet hier neue und innovative Möglichkeiten. Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob politische Partizipation breiter definiert werden und bereits das Sich-Informieren über Politik oder auch das Kundgeben der eigenen Meinung, z.B. in Social-Media-Posts, als politische Partizipation begriffen werden sollte.

Für die Ermittlungen von Bedarfen im Bereich Demokratieförderung ist es daher relevant zu erfahren, welche jungen Menschen nicht politisch partizipieren und warum sie dies nicht tun. In der → Jugendbefragung wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie im vergangenen Jahr etwas unternommen haben, um ihre politische Meinung zu vertreten oder Einfluss zu nehmen. Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen gibt an, in diesem Zeitraum selten (36 Prozent) oder nie (37 Prozent) politisch aktiv gewesen zu sein. Über die Hälfte der Befragten hält es darüber hinaus für sehr oder eher unwahrscheinlich, in den nächsten zwei Jahren politisch aktiv zu sein. Weiterführende Analysen zeigen, dass männliche Jugendliche häufiger politisch partizipieren als weibliche Jugendliche. Allerdings zeigt sich in der Forschung, dass dieser Geschlechterunterschied auch von den berücksichtigten Partizipationsformen und der Art der Abfrage abhängt: So stufen junge Frauen ihre Partizipation weniger oft als politisch ein (Taft 2014) und es zeigen sich Geschlechterunterschiede eher bei institutionellen und ausdrucksstarken Formen der Partizipation, weniger aber bei nicht-institutioneller Partizipation (Pfanzelt und Spies 2019). Aus den → Sekundäranalysen geht darüber hinaus hervor, dass die Teilnahme an Wahlen bei Personen unter 27 Jahren die häufigste Form der politischen Partizipation darstellt, gefolgt von einem politisch motivierten Warenkonsum oder -boykott und der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung.

Verschiedene Hinderungsgründe für die politische Partizipation

Was hat die befragten jungen Menschen daran gehindert, sich für ihre politischen Interessen einzusetzen? Die Befragten, die angaben, nur selten oder gar nicht zu partizipieren, konnten hier einen oder mehrere Hinderungsgründe angeben. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem mangelnde Zeit (38 Prozent) oder andere Interessen (34 Prozent) Hinderungsgründe sind. Deutlich zeigt sich jedoch auch, dass sich einerseits die fehlende Überzeugung, politisch etwas bewirken zu können, andererseits aber auch eigene Unsicherheiten bezogen auf politisches Wissen und Kompetenzen demotivierend auf die jungen Menschen auswirken. Weiterhin geben 11 Prozent an, sich vor Anfeindungen in sozialen Netzwerken oder der Öffentlichkeit zu fürchten.

Die Daten der → Jugendbefragung zeichnen somit insgesamt ein Bild von einer in großen Teilen wenig aktiven Jugend, die weder von den eigenen politisch relevanten Kompetenzen noch von der Responsivität des politischen Systems überzeugt ist. Die Ergebnisse einer längsschnittlichen Betrachtung im Rahmen der → Sekundäranalysen verweisen jedoch darauf, dass die politische Partizipation – trotz des insgesamt niedrigen Niveaus – einem Aufwärtstrend unterliegt: So steigt die Beteiligung der bis 24 Jahre alten Wahlberechtigten an den Bundestagswahlen seit dem Jahr 2009 stetig an und auch ein breiter angelegter Partizipationsindex weist auf eine ansteigende Partizipation junger Menschen bis 27 Jahren seit dem Jahr 2004.

2.3 Demokratiegefährdende Phänomene

Abwertende Kommentare unter einem Instagram-Post, rechtsextreme Slogans im öffentlichen Raum, ein rassistischer Kommentar am Küchentisch – junge Menschen können im Alltag auf verschiedene Art und Weise mit demokratiegefährdenden Phänomenen in Berührung kommen. Im Folgenden werden Ergebnisse zur Prävalenz solcher Kontakte und die daraus folgende Belastung unter jungen Menschen präsentiert.

Hass im Netz

Es gibt keine einheitliche Definition von Hass im Netz. Oft wird der Begriff auch synonym zu dem Begriff Hate Speech (Deutsch: Hassrede) verwendet. Er umfasst u.a. verhetzende oder einschüchternde Posts, Bilder oder Memes. Hass im Netz kann sich gegen Einzelpersonen oder Gruppen richten und beinhaltet oft diskriminierende Inhalte.

Hass im Netz betrifft viele, aber nicht alle gleich

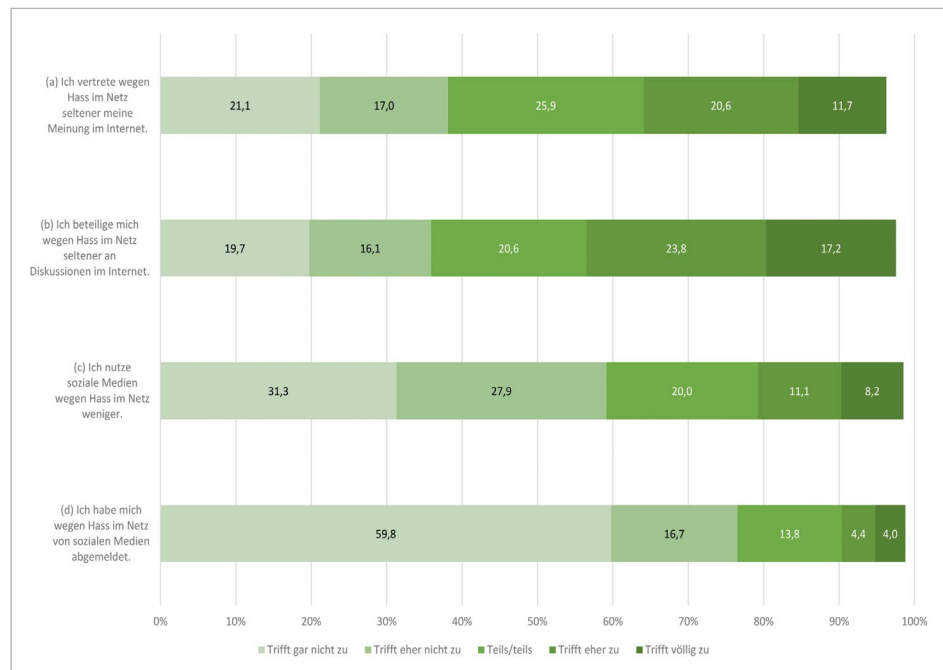
Hass im Netz ist Teil der Lebenswelt vieler junger Menschen (Landesamt für Medien NRW 2020; Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hrsg.) 2021; Geschke et al. 2019). Die → Jugendbefragung bestätigt, dass die Mehrheit der jungen Menschen schon mal mit Hass im Netz in Berührung gekommen ist: So gibt jeweils ca. ein Viertel der Befragten an, **Hass im Netz täglich oder mindestens einmal pro Woche wahrgenommen zu haben**. Nur etwa 10 Prozent haben in den vergangenen 12 Monaten nie Hass im Netz beobachtet.

Persönlich von Hass im Netz betroffen waren etwa 30 Prozent der Befragten in den letzten 12 Monaten. Dabei betrifft Hass im Netz nicht alle gleichermaßen: Junge Menschen mit Migrationsgeschichte waren signifikant häufiger von Hass im Netz betroffen (40 Prozent) als junge Menschen ohne Migrationsgeschichte (28 Prozent). Auch junge Menschen mit einfacher Schulbildung waren häufiger mindestens einmal pro Woche von Hass im Netz betroffen (13 Prozent vs. 7 Prozent bei mittlerer Schulbildung und 2 Prozent bei hoher Schulbildung). Am häufigsten **bezog sich der digitale Hass** auf die politischen Ansichten (26 Prozent), auf das Körpergewicht (17 Prozent) oder das Geschlecht (17 Prozent). Auch bei Menschen mit Migrationsgeschichte richtete sich der erlebte Hass im Netz am häufigsten auf politische Ansichten (28 Prozent bei Menschen mit Migrationsgeschichte, 24 Prozent bei Personen ohne Migrationsgeschichte), aber auch deutlich häufiger als bei Menschen ohne Migrationsgeschichte darauf, nicht als deutsch wahrgenommen zu werden (26 Prozent vs. 5 Prozent), und auf ihre Religion (23 Prozent vs. 4 Prozent).

Gefragt danach, wie sehr junge Menschen die Erfahrungen mit Hass im Netz **belasten**, geben 24 Prozent der Befragten an, mindestens mittelstark von ihren Kontakten mit Hass im Netz belastet zu sein. Die Belastung ist bei denjenigen jungen Menschen höher, die Hass im Netz nicht nur wahrgenommen haben, sondern auch persönlich betroffen waren.

Die Daten der → Jugendbefragung zeigen weitere Konsequenzen von Hass im Netz auf: Unter den Begriff *Silencing* werden verschiedene Formen des **Rückzugs aus dem digitalen Raum** gefasst, die sich in der Angst vor Anfeindungen begründen. Für die Demokratie stellt sich dieser Rückzug als Problem dar, da aggressiv agierende Minderheiten die Meinungsvielfalt einschränken und damit gezielt den Raum für die Verbreitung antidemokratischer Inhalte erweitern (Fladmoe und Nadim 2017). Die Befunde der → Jugendbefragung verweisen auf deutliche Silencing-Effekte bei den jungen Befragten. So geben 41 Prozent der jungen Menschen an, sich aufgrund von Hass im Netz seltener an Diskussionen im Internet zu beteiligen und fast ein Fünftel nutzt soziale Medien wegen Hass im Netz weniger (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Rückzug aus dem digitalen Raum (Silencing) (Verteilung; in Prozent)



Quelle: Online Jugendbefragung zu Bedarfen der Demokratieförderung und Extremismusprävention, Deutsches Jugendinstitut (2023); vgl. Bericht zur Jugendbefragung S. 30.

Anmerkungen: N=1.527. Gewichtete Daten. Der Anteil an „Weiß nicht“-Angaben wird im jeweiligen Balken nicht dargestellt. Item „Unabhängig davon, ob Du Hasskommentare im Netz mitbekommen hast: Inwieweit treffen folgende Aussagen auf Dich zu?“ Quelle der Items (a) bis (d): angelehnt an Geschke, Daniel/Klaßen, Anja/Quent, Matthias/Richter, Christoph (2019): #Hass im Netz: der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine bundesweite repräsentative Untersuchung. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena; Item (e) angelehnt an Reset. Pollytix (2021): Hass in Sozialen Medien. https://public.reset.tech/documents/210802_Reset_pollytix_Hass_im_Netz.pdf.

Um Hass im Netz etwas entgegenzusetzen und damit möglicherweise auch Silencing-Effekten vorzubeugen, kann **aktive Gegenrede** eine Rolle spielen. Gefragt danach, wie häufig die Befragten auf Hasskommentare antworten, um die betroffene Gruppe oder Person zu unterstützen, geben etwa 20 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an, mindestens einmal pro Monat oder häufiger auf Hasskommentare zu antworten. Der Großteil der jungen Menschen leistet nur selten oder nie aktive Gegenrede (77 Prozent).

Der digitale Raum und die Öffentlichkeit: Berührungspunkte mit extremistischen Einstellungen

Um einen vertieften Einblick zu bekommen, an welchen Orten junge Menschen **extremistischen Einstellungen begegnen**, wurde in der → Jugendbefragung gefragt, wo junge Menschen persönlich mitbekommen haben, dass eine Person oder Gruppe eine extremistische (z.B. eine rechtsextreme, linksextreme oder islamistische) Einstellung geäußert hat. Insgesamt berichten 44 Prozent der jungen

Menschen von mindestens einem Kontakt zu extremistischen Einstellungen in den letzten 12 Monaten. Am häufigsten fand dieser Kontakt im Internet und in der Öffentlichkeit statt. Jeweils etwas weniger als 10 Prozent der jungen Menschen geben an, in einer Bildungsinstitution, im Freundeskreis oder am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz mitbekommen zu haben, dass eine Person oder Gruppe sich extremistisch äußert.

Sensibilität für extremistische Einstellungen

Die Frage nach Kontakt zu extremistischen Einstellungen setzt voraus, dass junge Menschen extremistische Einstellungen erkennen und als solche einstufen. Mehrere Studien zeigen, dass junge Menschen regelmäßig Schwierigkeiten bei der Erkennung und Zuordnung extremistischer Einstellungen haben (Dörfer 2021; Reinemann et al. 2019; Materna et al. 2021). Es ist also durchaus möglich, dass nicht alle Jugendliche Berührungspunkte mit extremistischen Einstellungen als solche wahrgenommen oder dass sie unterschiedliche Extremismusformen verschieden eingestuft haben. Unsere Analysen zeigen darüber hinaus, dass Personen, welche die Demokratie nicht als beste Staatsform erachten, signifikant seltener Kontakt mit extremistischen Einstellungen angeben. Dies deutet daraufhin, dass die eigenen Einstellungen einen Einfluss auf die Wahrnehmung oder Einstufung von Extremismus haben können. Die oben dargestellte Selbsteinschätzung kann deswegen nicht mit dem tatsächlichen Kontakt gleichgesetzt werden. Dennoch liefern die Ergebnisse Hinweise darauf, dass hohe Anteile junger Menschen nach eigener Wahrnehmung Kontakt zu extremistischen Einstellungen haben.

Gefragt nach der **Belastung durch den Kontakt mit extremistischen Einstellungen** geben 35 Prozent der jungen Menschen an, von diesem Kontakt nicht belastet zu sein. Als wenig belastet empfinden sich 31 Prozent. Etwa ein weiteres Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen schätzt die Belastung hingegen als mittel (20 Prozent), als stark (8 Prozent) oder als sehr stark (4 Prozent) ein. Junge Menschen mit einfacher Bildung sind durch einen Kontakt zu extremistischen Einstellungen im Mittel stärker belastet als junge Menschen mit mittlerer und hoher Bildung. Junge Menschen mit Migrationsgeschichte sind etwas stärker belastet als junge Menschen ohne Migrationsgeschichte.

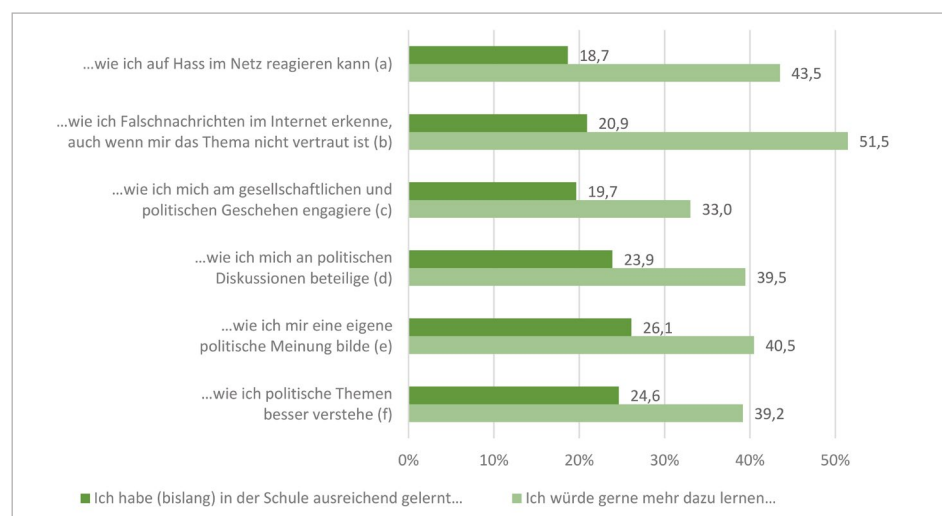
2.4 Bedürfnisse nach Beratung und politischer Bildung

Die bisher präsentierten Befunde – z.B. zur Unzufriedenheit vieler junger Menschen mit dem Funktionieren des politischen Systems, zu den Hürden der politischen Partizipation sowie zum Kontakt junger Menschen zu demokratiegefährdenden Phänomenen – verweisen auf verschiedene Bedarfslagen. In einem nächsten Schritt wird dargelegt, welche Lern- und Unterstützungsbedürfnisse sich aus Sicht junger Menschen ergeben.

Großes Lernbedürfnis, vor allem in Bezug auf digitale Kompetenzen

Politische Bildung soll jungen Menschen das nötige Wissen und die Fähigkeiten zur aktiven Teilnahme am demokratischen System vermitteln. Aber welche Bedürfnisse haben junge Menschen selbst mit Blick auf politische Bildung und wie bewerten sie ihre bisherige politische Bildung in der Schule?

Abbildung 3: Bewertung von (politischen) Lernzielen (Zustimmung; in Prozent)



Quelle: Online Jugendbefragung zu Bedarfen der Demokratieförderung und Extremismusprävention, Deutsches Jugendinstitut (2023); vgl. Bericht zur Jugendbefragung S. 25.

Anmerkungen: N=1.527. Gewichtete Daten. Dargestellt werden die Anteile derjenigen, die mit „Trifft eher zu“ oder „Trifft völlig zu“ geantwortet haben. Quelle der Items (a), (b) und (d): Eigenentwicklung; Quelle der Items (c), (e) und (f): Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Abbildung 3 stellt dar, wieviel Prozent der jungen Menschen zu den jeweiligen **Kompetenzen mehr lernen wollen** und gleichzeitig, wieviel Prozent finden, dass sie (bislang) **in der Schule ausreichend dazu gelernt** haben. Für alle Kompetenzen zeigt sich, dass die Anteile junger Menschen, die gerne mehr dazu lernen würden, höher sind als die Anteile derjenigen, die sich durch die Schule ausreichend vorbereitet fühlen. Besonders hoch ist diese Diskrepanz bei den Kompetenzen „Falschnachrichten erkennen“ und „auf Hass im Netz reagieren“. Es ist allerdings wichtig zu betonen, dass ein bestimmtes Lernbedürfnis nicht unbedingt davon abhängt, wie gut die schulische Bildung für diese Kompetenz eingeschätzt wurde. Dennoch deuten die Daten auf ein hohes Lernbedürfnis zu politischen Kompetenzen bei jungen Menschen hin. Eine differenzierte Betrachtung der Daten zeigt, dass junge Frauen und Personen mit hoher Bildung ein höheres Lernbedürfnis äußern im Vergleich zu jungen Männern und Personen mit mittlerer oder einfacher Bildung. Junge Frauen und Personen mit niedrigerer Schulbildung fühlen sich aller-

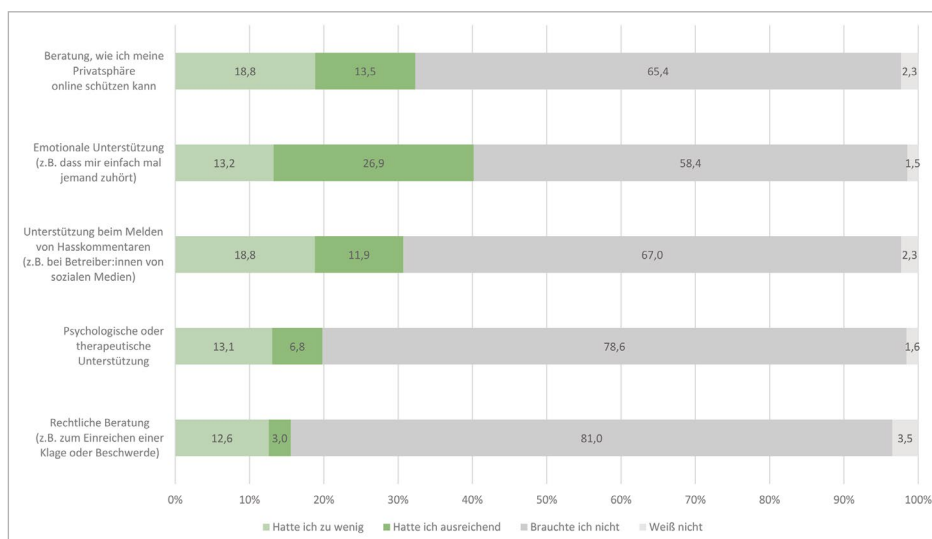
dings bezogen auf die Kompetenzen weniger gut durch die Schule vorbereitet als junge männliche Befragte und Personen mit hoher Schulbildung.

Großteil der Unterstützungsbedürfnisse junger Menschen ungedeckt

Die Verbesserung der politischen Kompetenzen junger Menschen zielt auf eine langfristige Stärkung der demokratischen Kultur ab. Es können jedoch auch Unterstützungsbedürfnisse aus einem Kontakt mit demokratiegefährdenden Phänomenen entstehen. Deswegen wurden die Befragten, die in der Befragung Kontakt zu Hass im Netz oder extremistischen Einstellungen angegeben haben, gefragt, welche Arten von Unterstützung oder Beratung sie im Nachgang gebraucht hätten. Dabei wurde unterschieden nach gedeckten Unterstützungsbedürfnissen („hatte ich ausreichend“) und ungedeckten Unterstützungsbedürfnissen („hatte ich zu wenig“).

In Abbildung 4 ist erkennbar, dass **nach Kontakt mit Hass im Netz** am häufigsten emotionale Unterstützung gebraucht wird, dass junge Menschen diese aber auch häufig ausreichend erhalten haben. Überdies äußerte jeweils knapp ein Drittel das Bedürfnis nach Unterstützung bzw. Beratung zum Schützen der Privatsphäre und beim Melden von Hasskommentaren. Etwa zwei Drittel davon gaben an, dass sie diese Unterstützung nicht ausreichend bekommen haben.

Abbildung 4: Unterstützungsbedürfnisse nach Kontakt mit Hass im Netz (Verteilung; in Prozent)



Quelle: Online Jugendbefragung zu Bedarfen der Demokratieförderung und Extremismusprävention, Deutsches Jugendinstitut (2023), vgl. Bericht zur Jugendbefragung S. 32.

Anmerkungen: N=1.295. Gewichtete Daten. Befragte eingeschlossen, die angegeben haben, dass sie von Hass im Netz betroffen waren oder Hass im Netz/Hasskommentare im Internet gesehen haben. Item „Wie ist es denn mit Unterstützung oder Beratung im Umgang mit Hass im Netz?“. Quelle der Frage: Eigenentwicklung.

Auch **nach Kontakt zu extremistischen Einstellungen** äußern die Befragten am häufigsten ein Bedürfnis nach emotionaler Unterstützung. Von den Personen, die emotionale Unterstützung gebraucht haben, geben etwa zwei Drittel an, diese ausreichend erhalten zu haben. Unterstützung beim Umgang mit extremistischen Personen oder Gruppen brauchten etwas mehr als 20 Prozent der jungen Menschen; davon geben allerdings mehr als zwei Drittel an, dass dieses Bedürfnis nicht ausreichend gedeckt wurde. Auch bei psychologischer Unterstützung und rechtlicher Beratung gibt es einen großen ungedeckten Bedarf.

Junge Menschen wünschen sich also Unterstützung in verschiedenen Bereichen. Vor allem wenn Rat zu konkreten Handlungsoptionen nach Kontakt zu Hass im Netz oder extremistischen Einstellungen gebraucht werden, wie z.B. beim Melden von Hass im Netz oder beim Umgang mit Extremismus, blieb dieses Bedürfnis häufiger ungedeckt.

Es gibt bundesweite Unterstützungsangebote, die u.a. Unterstützung oder Beratung zum Umgang mit Hass im Netz oder Extremismus anbieten. Es stellt sich jedoch die Frage, ob junge Menschen den Weg zu diesen Strukturen finden. In der → Jugendbefragung wurde daher gefragt, ob die jungen Menschen schon einmal von solchen Organisationen oder Beratungsstellen gehört haben. Knapp unter 40 Prozent der Befragten gaben an, Organisationen und Beratungsstellen zu kennen, etwa der Hälfte waren sie unbekannt. Personen mit Migrationsgeschichte sind unterstützende Angebote seltener bekannt, obwohl sie häufiger von Hass im Netz betroffen sind. Eine Stärkung der Sichtbarkeit von Beratungsangeboten könnte hier entgegenwirken. Dabei sollte auch das direkte Umfeld der jungen Menschen in den Blick genommen werden, denn die → Jugendbefragung zeigt auch, dass viele junge Menschen in erster Linie mit Familie und Freunden über Erfahrungen mit Hass im Netz und extremistischen Einstellungen sprechen.

2.5 Zwischenbilanz: Bedarfe bei jungen Menschen

Für die Fach- und Förderpraxis in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention können folgende Bedarfe abgeleitet werden. Benötigt wird/werden:

- **Flächendeckende Maßnahmen und Projekte der Demokratieförderung.** Junge Menschen brauchen einen Raum, in dem sie über Fragen zu und Unzufriedenheit mit dem politischen Geschehen und der Demokratie in Deutschland sprechen können und in dem sie die Stärken der Demokratie erfahren können.

- **Zielgruppenspezifische Maßnahmen.** Die differenzierten Analysen nach soziodemographischen Merkmalen zeigen einen Bedarf nach Maßnahmen, die auf unterschiedliche Zugänge zu und Sichtweisen auf Politik und Einschätzungen zu den eigenen politischen Kompetenzen zugeschnitten sind. Besonders im Fokus sollten dabei Mädchen und junge Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und junge Menschen auf einer Haupt-, Real-, oder Berufsschule stehen.
- **Berücksichtigung der Lernbedürfnisse junger Menschen.** Viele Befragte äußern ein Interesse daran, politisch relevante Kompetenzen zu erlernen, wobei sich das höchste Interesse auf digitale Kompetenzen richtet. Nur jeweils bis zu einem Viertel der jungen Menschen fühlt sich durch die Schule gut auf diese Kompetenzen vorbereitet.
- **Konkrete Unterstützung beim Umgang mit demokratiegefährdenden Phänomenen.** Junge Menschen wünschen sich im Nachgang zu Kontakt zu extremistischen Einstellungen und Hass im Netz in verschiedenen Bereichen Unterstützung. Bisher fehlt es an Wissen zu konkreten Handlungsoptionen, wie z.B. beim Melden von Hass im Netz oder beim Umgang mit extremistischen Personen oder Gruppen.
- **Erhöhung der Sichtbarkeit bestehender Angebote zu Hass im Netz,** insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, die häufiger von Hass im Netz betroffen sind, jedoch seltener Beratungs- und Unterstützungsangebote kennen.

Fokus: Fachkräfte

(von Stepanka Kadera)

Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, Schulen und dem Regelsystem der Kinder- und Jugendhilfe haben üblicherweise keine Spezialkenntnisse zu den Phänomenbereichen Extremismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sowie Verschwörungserzählungen. Dennoch kommen sie in Kontakt mit Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Eltern und Familien, die entsprechende Überzeugungen vertreten. Im Folgenden werden Befunde aus der → Quantitativen Fachkräftebefragung sowie der → Qualitativen Erhebung in der Kinder- und Jugendhilfe präsentiert. Die Befunde erlauben Rückschlüsse über die Konflikthäufigkeit und -belastung sowie daraus entstehende Bedarfe der Fachpraxis.

3.1 Kindertageseinrichtungen

In der → Quantitativen Fachkräftebefragung geben die Leitungen von Kindertageseinrichtungen zu 71 Prozent bzw. 67 Prozent² an, keine Auseinandersetzungen mit **Eltern zu menschenfeindlichen oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen** erlebt zu haben, während fast 28 Prozent bzw. 31 Prozent von gelegentlichen Auseinandersetzungen berichten. In einem Bundesland (Hessen) gibt es in einer Kindertageseinrichtung häufig Konflikte mit Eltern, die menschen- oder demokratiefeindliche Ansichten vertreten. In 2 Prozent der befragten Einrichtungen deutschlandweit gibt es häufig Auseinandersetzungen mit Eltern, die Verschwörungserzählungen vertreten.

Verschwörungserzählungen

Verschwörungserzählungen beinhalten konkrete Erzählungen über mächtige Personen oder Gruppen, die wichtige Ereignisse böswillig und im Geheimen beeinflussen, und leiten sich häufig aus abstrakten Mythen ab (z.B. einer jüdischen Weltverschwörung) (Lamberty 2020). Sie basieren nicht auf wissenschaftlichen Befunden, sondern auf Spekulationen, selektiven Informationen und Vereinfachungen. Verschwörungserzählungen können politisch instrumentalisiert werden, z.B. um bestimmte Menschengruppen abzuwerten. Der Begriff „Verschwörungstheorien“ wird häufig synonym verwendet, ist jedoch umstritten, da Verschwörungserzählungen nicht den Standards der wissenschaftlichen Theoriebildung entsprechen.

Entsprechend den Analysen auf der Ebene der Bundesländer kommt es in den letzten zwei Jahren in einem Bundesland (Sachsen) in fast der Hälfte der Kindertageseinrichtungen zu mindestens gelegentlichen Auseinandersetzungen. In fünf weiteren Bundesländern werden in über 30 Prozent der Kindertageseinrichtungen

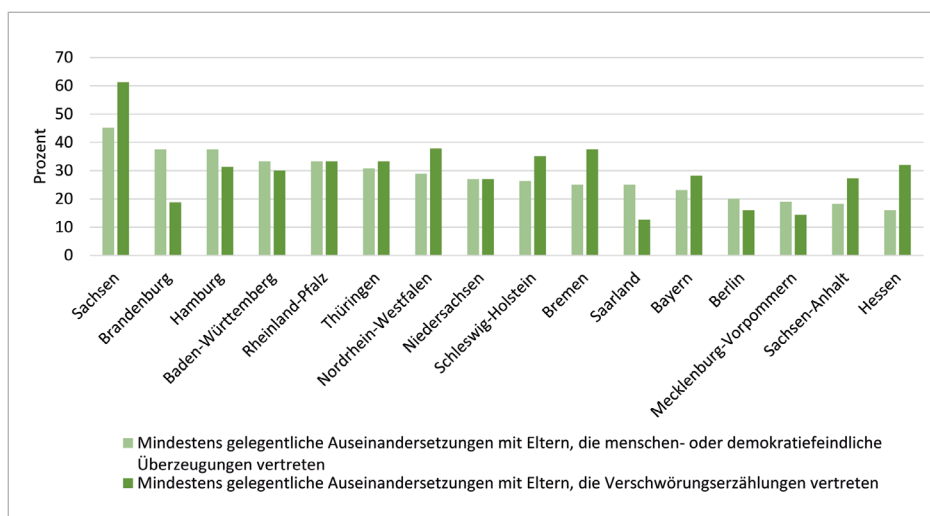
² Wenn nachfolgend jeweils zwei Prozentwerte berichtet werden, dann bezieht sich die erste Zahl auf menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen, die zweite Zahl auf Verschwörungserzählungen.

gelegentliche Auseinandersetzungen genannt. Der Anteil an Kindertageseinrichtungen, die von Eltern berichten, die Verschwörungstheorien vertreten, variiert zwischen etwa 10 Prozent (Saarland) bis 60 Prozent (Sachsen) (vgl. Abb. 5).

Demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen

Demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen sind Ansichten, die grundlegende demokratische Prinzipien und Menschenrechte nicht respektieren oder ablehnen. Dazu gehören beispielsweise autoritäre oder totalitäre Ideologien, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Diskriminierung aufgrund von Religion, Herkunft oder politischer Überzeugung.

Abbildung 5: Mindestens gelegentliche Auseinandersetzungen mit menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen von Eltern in Kindertagesstätten (in Prozent innerhalb des Bundeslands)



Quelle: Quantitative Befragung der Kindertagesstätten in Deutschland, eigene Berechnung; vgl. Bericht zur quantitativen Fachkräftebefragung S. 14.

Anmerkungen: N = 533; Item: „Mussten Sie sich an Ihrer Einrichtung in den letzten beiden Jahren mit Eltern auseinandersetzen, die a) menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen vertreten haben oder b) Verschwörungserzählungen vertreten haben?“ Die Antwortkategorien „mindestens gelegentliche Auseinandersetzungen“ und „häufige Auseinandersetzungen“ wurden zusammengefasst.

Bei knapp unter einem Viertel der Kindertageseinrichtungen (24 Prozent beziehungsweise 22 Prozent) werden die **Konflikte als sehr belastend und anstrengend** empfunden. Für etwa 60 Prozent beziehungsweise 62 Prozent sind die Auseinandersetzungen immerhin noch etwas anstrengend und belastend. Lediglich 15 Prozent beziehungsweise 17 Prozent der Kindertagesstätten gibt an, dass die vorliegenden Konflikte für die Mitarbeitenden nicht anstrengend und belastend sind.

In den meisten Kindertageseinrichtungen (ungefähr 93 Prozent) haben die Leitungskräfte und Mitarbeitenden in den letzten beiden Jahren **keine Fortbildungen oder Beratungen zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen und Verschwörungserzählungen** genutzt. Lediglich in ungefähr 5 Prozent der Kindertageseinrichtungen fand in den letzten beiden Jahren eine einmalige Beratung oder Fortbildung statt. In fast 2 Prozent der Kindertageseinrichtungen wurden mehrere Fortbildungen oder Beratungen durchgeführt. In allen Bundesländern besteht in Kindertageseinrichtungen mindestens etwas Bedarf an Beratung und Fortbildung zu diesen Themen, wobei der Bedarf je nach Bundesland zwischen 15 Prozent und 45 Prozent variiert. Einen vermehrten Bedarf an Schulungen und Beratung zu Verschwörungserzählungen sehen Kindertagesstätten insbesondere dann, wenn sie die Auseinandersetzungen mit Eltern in diesem Zusammenhang als belastend empfinden.

Von den deutschlandweit über 60.000³ Kindertagesstätten kommt es laut der vorliegenden Studie in 33 Prozent der Einrichtungen zu Konflikten mit den Eltern aufgrund von Verschwörungserzählungen. Das sind fast 20.000 Einrichtungen. Die so entstehenden Auseinandersetzungen werden in 83 Prozent der Einrichtungen als (zumindest gering) belastend wahrgenommen. Von diesen circa 16.600 Kindertagesstätten geben 55 Prozent an, Fortbildung bzw. Beratung zu benötigen. Bundesweit haben folglich gerundet über 9.000 Einrichtungen Bedarf nach Unterstützung durch spezialisierte zivilgesellschaftliche Träger der Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Ähnlich verhält es sich **bei Auseinandersetzungen mit dem Personal der Einrichtungen, welches menschen- und demokratiefeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertritt**. Empfinden die anderen Leitungskräfte diese Konflikte als belastend, wird auch häufiger ein Bedarf an Beratung oder Fortbildung zu diesen Themen rückgemeldet. Von den deutschlandweit über 60.000 Kindertagesstätten sind laut den Ergebnissen dieser Erhebung in 13 Prozent (in Zahlen: 7.868) der Einrichtungen menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen von Personal vorhanden. In 78 Prozent (in Zahlen: 5.987) der Kindertageseinrichtungen werden die diesbezüglichen Auseinandersetzungen als (zumindest gering) belastend wahrgenommen. Insgesamt 71 Prozent der Kindertageseinrichtungen, in denen (zumindest gering) belastende Auseinandersetzungen mit dem Personal aufgrund von menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen an der Tagesordnung sind, wünschen sich Unterstützung in Form von Fortbildungen oder Beratungen. Folglich besteht in schätzungsweise über 4.000 Einrichtungen deutschlandweit entsprechender Fortbildungs- und Unterstützungsbedarf.

Von den deutschlandweit über 60.000³ Kindertagesstätten sind analog den Ergebnissen dieser Studie in 15 Prozent (in Zahlen: 8.947) Verschwörungserzählungen beim Personal vorhanden. In 71 Prozent (in Zahlen: 6.343) der Einrichtungen werden diese Auseinandersetzungen als (zumindest gering) belastend wahrgenommen. Fortbildungs- oder Beratungsbedarf aufgrund von belastenden Auseinandersetzungen mit dem Personal in Kindertagesstätten zu Verschwörungserzählungen

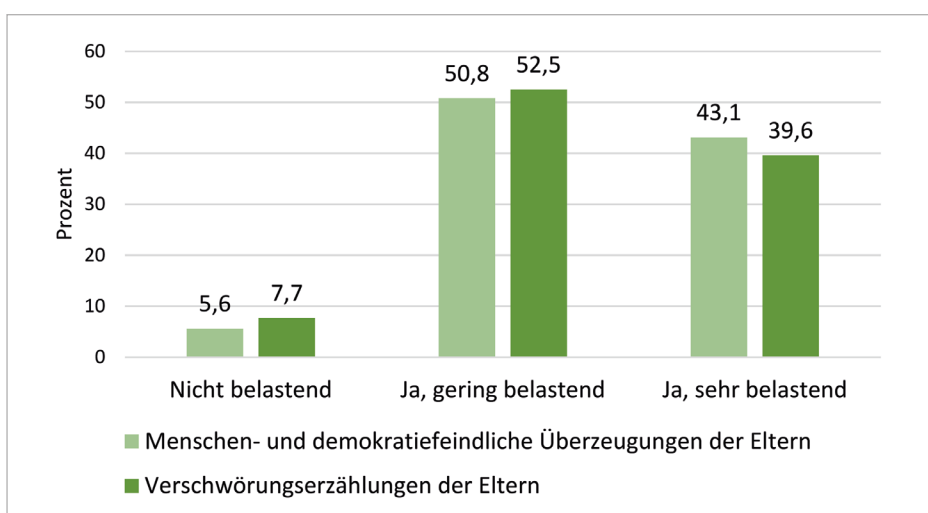
ist in dieser Studie in 59 Prozent der Kindertagesstätten, die die Auseinandersetzungen als mindestens gering belastend wahrnehmen, vorhanden. Das wären bei circa 60.000 Kindertagesstätten bundesweit insgesamt über 3.700 Einrichtungen.

3.2 Schulen

Die Ergebnisse der → Quantitativen Fachkräftebefragung zeigen, dass lediglich ein Drittel bzw. ein Fünftel der befragten Schulleitungen angibt, keine **Auseinandersetzungen mit Eltern zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen** zu erleben. Etwa ein Drittel der Schulleitungen berichtet von gelegentlichen Auseinandersetzungen, während nur eine Minderheit der befragten Schulen (4 Prozent bzw. 2 Prozent) häufige Konflikte mit Eltern zu diesen Themen verzeichnet⁴. In allen Schultypen kommt es gleichermaßen zu gelegentlichen wie häufigen Konflikten mit Eltern, die menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen vertreten.

Mehr als die Hälfte der befragten Schulleitungen gibt an, dass die Auseinandersetzungen mit den Eltern für das Schulpersonal **zumindest leicht belastend** sind. In etwa 40 Prozent dieser Schulen werden die Auseinandersetzungen sogar als sehr belastend empfunden. Nur 6 Prozent bzw. 8 Prozent der befragten Schulleitungen empfinden die Auseinandersetzungen als nicht belastend (vgl. Abb. 6).

Abbildung 6: Belastung durch Auseinandersetzungen mit Eltern für das Schulpersonal (Deutschland; in Prozent)



Quelle: Quantitative Befragung der Schulen in Deutschland, eigene Berechnung; vgl. Bericht zur quantitativen Fachkräftebefragung S. 18.

Anmerkungen: N = 1.235; Item: Wurde eine der vorangegangenen Fragen bejaht, dann wurde folgende Nachfrage gestellt: „Waren diese Auseinandersetzungen in der Summe für Sie und ihr Personal anstrengend und belastend?“

4 39 Prozent bzw. 46 Prozent der Schulen haben diese Frage nicht beantwortet.

Etwa 20 Prozent der befragten Schulen geben an, gelegentlich mit **Mitarbeitenden konfrontiert zu sein, die menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen vertreten**. In weniger als einem Prozent der Schulen kommt es jedoch häufig zu solchen Auseinandersetzungen. Etwa die Hälfte der befragten Schulen (jeweils 45 Prozent bzw. 48 Prozent) empfindet die Auseinandersetzungen als leicht belastend, während die andere Hälfte (50 Prozent bzw. 42 Prozent) angibt, dass sie sehr belastend sind. Weniger als 10 Prozent empfinden diesbezüglich keine Belastungen.

In den meisten Schulen (ungefähr 81 Prozent) haben die Leitungskräfte und/oder Mitarbeitende bisher **keine Schulungen oder Beratungen** zu menschenfeindlichen oder demokratiefeindlichen Überzeugungen und Verschwörungserzählungen in Anspruch genommen. Nur etwa 12 Prozent der Schulen haben sich einmal beraten lassen oder eine Fortbildung besucht. Etwa 5 Prozent der Schulen gaben an, mehrere Schulungen oder Beratungen absolviert zu haben.

Etwas mehr als die Hälfte der Schulen sieht **keinen Bedarf an Fortbildung oder Beratung** zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen. In etwa 35 Prozent der Schulen besteht jedoch etwas Bedarf in diesem Bereich, fast 5 Prozent der Schulen geben sogar großen Bedarf an Fortbildung oder Beratung zu diesen Themen an. Dabei ist der Fortbildungs- und Beratungsbedarf umso höher, je eher die Auseinandersetzungen mit Eltern und Mitarbeitenden als belastend wahrgenommen werden.

Insgesamt gibt es deutschlandweit 32.666⁵ Schulen, von denen laut der vorliegenden Erhebung in 39 Prozent (in Zahlen: 12.544) Auseinandersetzungen mit den Eltern zu diesen Themen vorhanden sind. In 91 Prozent (in Zahlen: 11.402) der Schulen werden diese Auseinandersetzungen als (zumindest gering) belastend wahrgenommen. Von diesen wird von 96 Prozent, also fast 11.000 Schulen, Unterstützungsbedarf an Fortbildung oder Beratung rückgemeldet.

Bei deutschlandweit insgesamt 32.666 Schulen sind laut der vorliegenden Studie in 8 Prozent (in Zahlen: 2.515) Auseinandersetzungen mit dem Personal vorhanden. In 95 Prozent (in Zahlen: 2.382) der betroffenen Schulen werden diese Auseinandersetzungen als (zumindest gering) belastend empfunden. Bei 93 Prozent der Schulen, in denen die Auseinandersetzungen mit dem Personal als (zumindest gering) belastend wahrgenommen werden, wird Bedarf an Unterstützung in Form von Fortbildungen oder Beratung rückgemeldet – gerundet betrifft dies über 2.200 Schulen deutschlandweit.

3.3 Zwischenbilanz: Bedarfe an Kindertageseinrichtungen und Schulen

Die vorliegenden Daten liefern erste belastbare Ergebnisse dazu, wie häufig menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen und die damit verbundenen Konflikte in Kindertageseinrichtungen und Schulen bundesweit auftreten. Daraus lassen sich folgende Bedarfe ableiten:

- **Sensibilisierung.** Die Ergebnisse dieser Studie können zur Sensibilisierung von Politik genutzt werden. Sie können zum Bewusstsein beitragen, dass Auseinandersetzungen mit radikalisierten Personen in Bildungseinrichtungen deutschlandweit und keinesfalls isoliert vorkommen. Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Schulen sollten zudem für Anzeichen von radikalisierten ideologischen Überzeugungen bei Eltern und Mitarbeitenden sensibilisiert werden, um angemessen reagieren und frühzeitig intervenieren zu können.
- **Flächendeckende Unterstützungsangebote.** Fachkräfte in Bildungseinrichtungen deutschlandweit sollten auf flächendeckende, leicht zugängliche Unterstützungsangebote zurückgreifen können. Dies könnte beispielsweise durch (Online-) Fortbildungen und Fachberatungen gewährleistet werden. Gerade Online-Formate könnten aufgrund ihrer zeitlichen Flexibilität als wertvolle Ressource dienen, da der Bedarf oftmals erst in der Auseinandersetzung mit einem konkreten Fall auftritt.
- **Proaktives Agieren.** Es ist empfehlenswert, dass Bildungseinrichtungen proaktiv und präventiv agieren und sich nicht erst bei eskalierenden Situationen beraten lassen, da entsprechend den vorliegenden Ergebnissen die meisten diesbezüglichen Auseinandersetzungen mit Belastungen einhergehen.
- **Weitere Forschung.** Grundsätzlich bedarf es jedoch noch weiterer Forschung zur Häufigkeit und den Konflikten im Zusammenhang mit den spezifischen Phänomenen, sowie Forschung zu den Hindernissen bei der Inanspruchnahme spezialisierter Beratungen und Fortbildungen. Zusätzlich würde eine flächendeckende Analyse der vorhandenen konkreten Bedarfe in Kindertageseinrichtungen und Schulen die Entwicklung passgenauer Unterstützungsmaßnahmen erleichtern.

3.4 Kinder- und Jugendhilfe

(von Leon A. Brandt)

Fachkräfte aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe kommen regelmäßig mit Familien in Kontakt, welche demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten (Meysen et al. 2022; Clement 2022). Die Bedarfe der Fachkräfte nach Fortbildung, Beratung und Unterstützung durch spezialisierte zivilgesellschaftliche Träger der Präventionsarbeit und Demokratieförderung wurden mittels einer explorativen Analyse im Rahmen von

Fokusgruppendifkussionen näher erforscht (→ Qualitative Erhebung Kinder- und Jugendhilfe). Befragt wurden dafür Fachkräfte aus den Bereichen Sozialer Dienst im Jugendamt, Hilfen zur Erziehung sowie der Schul- und Jugendsozialarbeit.

Fallgeschehen

Wie bereits vorangegangene Forschung (Meysen et al. 2022; Clement 2020) zeigt auch diese Studie, dass **Fachkräfte aus Jugendämtern und Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen ihrer Arbeit regelmäßig mit unterschiedlichen Formen demokratie- und menschenfeindlicher Überzeugungen sowie Verschwörungserzählungen in Kontakt kommen**. Dabei thematisieren die Fachkräfte den vielschichtigen Phänomenbereich Rechtsextremismus und Rechtspopulismus quantitativ mit Abstand am häufigsten. Ebenso spielen Personen, welche die Existenz des Corona-Virus bzw. die davon ausgehenden Gefahren leugnen (sogenannte Corona-Leugnerinnen und -Leugner), Verschwörungsgläubige sowie Anhängerinnen und Anhänger des islamischen Fundamentalismus bis hin zum Islamismus eine zentrale Rolle im von den Fachkräften angesprochenen Fallgeschehen. Der Phänomenbereich Linksextremismus ist hingegen nicht von Bedeutung.

Hinsichtlich der Kontakthäufigkeit lässt sich eine von den Fachkräften immer wieder selbstständig vorgenommene Differenzierung erkennen: Demnach unterscheiden diese das Fallgeschehen in (a) vereinzelt auftretende, einem extremistischen Spektrum zuzurechnende Positionen, (b) gefestigte Haltungen sowie (c) nicht klar zuzuordnende Graubereiche. Letztere Vermutung wird insbesondere von Fachkräften aus den Jugendämtern geäußert. Sie beziehen sich damit auf Familien, mit denen sie zusammenarbeiten und bei denen alle Anzeichen auf entsprechende Haltungen zwar gegeben seien, diese aber im Kontakt nicht vordergründig in Erscheinung träten. Die Anzahl der Fälle, in denen die ideologischen Überzeugungen der Klientinnen und Klienten zu einem akuten Problem im Rahmen der Fallarbeit führen, bewegt sich hingegen auf das Jahr hochgerechnet zumeist bei zehn oder weniger Fällen.

Das von den Fachkräften als „Grauzonen“ beschriebene Potenzial verleiht der Thematik gleichermaßen einen **nicht zu unterschätzenden dynamischen Grundcharakter**. Dies gilt zumal, da Befunde der vorliegenden explorativen Studie inhaltlich anschlussfähig sind an zentrale Ergebnisse der jüngsten Mitte-Studie (Zick et al. 2023). Insbesondere die in dieser Studie beschriebenen Belastungen, die von miteinander verbundenen **multiplen Krisenphänomenen** ausgehen (sog. „verschachtelte Polykrisen“, Tooze (2022) nach Zick et al., S. 20 (2023); wie beispielsweise die Corona-Pandemie sowie ihre Folgen für das Gesundheits- und Bildungssystem, der Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe, der Krieg in der Ukraine, die Inflation sowie der Klimawandel), können Klientinnen und Klienten der Kinder- und Jugendhilfe mit ohnehin schon vergleichsweise hohen Belastungen besonders hart treffen.

Die befragten Fachkräfte benennen **ein breites Spektrum von möglichen Herausforderungen** bei den Kontakten mit Familien, die entsprechende Positionen bzw. Überzeugungen vertreten. Dabei differenzieren sie zwischen Konflikten mit den jungen Menschen selbst und mit deren Eltern. So beschreiben zahlreiche Fachkräfte, dass insbesondere Kinder und Jugendliche extremistische Symbole wie das Hakenkreuz oder das Zeigen des Hitlergrußes als eine Form konfliktbehafteter, konfrontativer Kontaktaufnahme nutzen würden, womit nicht zwingend eine rechtsextreme Haltung einherginge. Gleichzeitig berichten Fachkräfte vereinzelt von massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Jugendgruppen, von denen sie sich überfordert fühlen. Demgegenüber kommt es mit Eltern vor allen Dingen im Rahmen von Hausbesuchen teilweise zu Begegnungen, in denen sich Fachkräfte mitunter bedroht fühlen und dies mit extremistischen Haltungen in Verbindung brachten. Für die Ausgestaltung von Angeboten der Präventions-, Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit sind diese Beobachtungen relevant, da die unterschiedlichen Familienmitglieder in ihren jeweiligen Lebenssituationen sowie Bedarfen adressiert werden müssen und dabei die Erwachsenen auch in ihrer Rolle als Eltern in den Blick genommen werden sollten.

3.5 Zwischenbilanz: Bedarfe der Kinder- und Jugendhilfe

Angesichts der Kontakte und Konflikte mit Familien, die demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten, besteht auf Seiten der sozialpädagogischen Fachkräfte Bedarf nach Fachberatung und Fortbildung durch spezialisierte Träger der Demokratieförderung und Extremismusprävention. Allerdings finden deren Angebote nur vereinzelt und unzuverlässig den Zugang zu jenen Fachkräften, die sie benötigen. Wenig zielführend erscheinen insbesondere Angebote, welche den Fachkräften aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe Kenntnisse zu Extremismusprävention, Distanzierung und Deradikalisierung vermitteln wollen. Solche gehen an den Aufgaben der Fachkräfte im Kontakt mit den jungen Menschen und ihren Familien vorbei (Brandt 2022).

Zu den ermittelten zentralen Bedarfen der sozialpädagogischen Fachkräfte zählen insbesondere:

- **Phänomenübergreifende Grundlagenfortbildungen.** Angesichts der geringen Fallzahl mit dieser Thematik im Rahmen der täglichen Arbeit bei gleichzeitig hoher Diversität an extremistischen Phänomenen, scheinen phänomenspezifische Fortbildungen mit Blick auf die Interessenlagen und Ressourcen der Fachkräfte nur ausnahmsweise zielführend. Vielmehr sollten verschiedene demokratie- und

menschenfeindliche Ideologien sowie Verschwörungserzählungen überblicksartig vermittelt werden. Zentral ist dabei unter anderem die Auseinandersetzung mit Merkmalen und Verhaltensweisen, anhand derer spezifische Gruppen sowie von diesen für die Fachkräfte, das Kind oder Dritte ausgehende Gefahren erkannt werden können.

- **Kontakt-Tools.** Im Rahmen von Fortbildungen und Beratungen sollten den Fachkräften interpersonelle Fähigkeiten und Strategien vermittelt werden, welche helfen, inhaltliche Diskussionen über ideologische Inhalte zu vermeiden und in der Folge besser auf die sozialpädagogische Arbeit (re)fokussieren zu können. Die ergänzende Vermittlung praktikabler Konzepte zum Umgang mit bedrohlichen Situationen (etwa im Rahmen von Hausbesuchen) vermag zudem eine bessere Orientierung und Handlungssicherheit zu vermitteln.
- **Bundesweite Anlaufstelle und lokale Netzwerke.** Eine bundesweite Anlauf-, Verweis- und Monitoringstelle könnte verlässlich Ressourcen und Kompetenzen zu unterschiedlichsten extremistischen Phänomenen für die Fachkräfte bereithalten und diese zudem bei Bedarf an zuständige lokale Träger der Demokratieförderung und Extremismusprävention weiterverweisen. Im Rahmen eines institutionalisierten Monitorings könnte ferner bundesweit erfasst werden, wie oft Fachkräfte aus dem Regelsystem der Kinder- und Jugendhilfe mit entsprechenden Familien in Kontakt kommen sowie welche Konflikte und Unterstützungsbedarfe sich für diese daraus ergeben. Die in der Praxis auftretenden „Extremfälle“ (z. B. anhaltende rivalisierende Gewalt zwischen Gruppen) bedingen oftmals einen akuten Unterstützungsbedarf, welchem mittels mobilen Interventionsteams begegnet werden könnte, die an der Bundesstelle angegliedert oder mit dieser vernetzt werden. Dessen Beratungs- und Unterstützungsaufgaben würden beispielsweise in der Deeskalation, Aufarbeitung, dem Wiederherstellen von Vertrauen bei den zentralen lokalen Akteurinnen und Akteuren sowie der Erarbeitung präventiver Strategien bestehen. Darüber hinaus ist der Ausbau der Netzwerke zwischen den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie zivilgesellschaftlichen Trägern der Demokratieförderung und Extremismusprävention in Form bundesweiter Modellprojekte voranzutreiben. Die in diesem Zusammenhang erforderlichen zeitlichen und personellen Ressourcen fallen nicht nur bei den zivilgesellschaftlichen Trägern, sondern auch in der Kinder- und Jugendhilfe an, was bei der Förderung Berücksichtigung finden sollte, um den Aufbau entsprechender Netzwerke tatsächlich zu ermöglichen.
- **Anschlussforschung.** Der erforderliche Ausbau der Kooperationsbeziehungen sollte zudem mittels einer Anschlussforschung vorangetrieben werden. In diesem Rahmen wäre ein repräsentatives Spektrum an Fällen der Kinder- und Jugendhilfe im Kontakt mit extremistisch eingestellten Familien mit den Beratungsideen spezialisierter zivilgesellschaftlicher Träger abzugleichen und daraus abzuleitende Qualifizierungsimpulse wären in ein gemeinsames Fallbuch zu integrieren.

Fazit

(von Leon A. Brandt, Stepanka Kadera, Laura Meijer & Pia Sauer mann)

Zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, demokratische Partizipation und positive politische Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen und dabei zugleich gestiegenen antidemokratischen Tendenzen in der Bevölkerung (Zick et al. 2023) sowie gewaltsamen Radikalisierungsprozessen entgegenzuwirken ist und bleibt eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe. Damit diese Herausforderung mittels (neuer) Programme und Projekte zielführend angegangen werden kann, ist es sinnvoll zu wissen, welche Phänomene und Zielgruppen möglicherweise verstärkt in den Blick genommen werden sollten und welche Bedarfe der Zielgruppen (sowohl Jugendliche und junge Erwachsene als auch Fachkräfte, die mit diesen arbeiten) bisher (zum Teil) ungedeckt bleiben (Meijer und Sauer mann i.E.). Bedarfsanalysen, wie hier in der Broschüre vorgestellt, liefern dazu empirische Hinweise.

Ohne hier die einzelnen Bedarfe zu wiederholen, macht deren Zusammenschau deutlich, dass es eine grundlegende Kombination aus sowohl übergreifenden als auch gruppen- bzw. bereichsspezifischen Angeboten braucht. Während etwa bei jungen Menschen grundsätzlich das Bedürfnis nach mehr Räumen für positive politische Selbstwirksamkeitserfahrungen besteht, bedarf es gleichzeitig Angebote, welche insbesondere Mädchen und junge Frauen sowie junge Menschen mit Migrationsbiografie und/oder einem geringeren Schulabschluss adressieren, um sie gegebenenfalls in ihren Kompetenzen zusätzlich stärken. Demgegenüber wünschen sich Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe bereichsübergreifend Grundlagenfortbildungen zu verschiedenen demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen sowie Verschwörungserzählungen. Darüber hinaus verfügen die Fachkräfte aus den unterschiedlichen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe über je eigene Zugänge zu den jungen Menschen sowie ihren Familien und haben dementsprechend gesonderte Bedarfe.

Um aus den bestehenden Bedarfen effektive Handlungsstrategien abzuleiten, erscheint es dabei sinnvoll, die Idee der Multiperspektivität in Bedarfsanalysen (Watkins und Kavale 2014) auch hier weiterzuführen und die verschiedenen Perspektiven der Forschungsprojekte möglichst in synergetischer Weise zusammenzuführen. Wo möglich sollten übergreifende Handlungsstrategien entwickelt werden, welche die Bedarfe der jungen Menschen und der Fachkräfte zusammen in den Blick nehmen. Dabei kann und sollte zugleich der institutionelle Kontext der erzieherischen Settings, in welchen sich diese Personen bewegen, mitgedacht und aktiviert werden. Folglich erscheinen gerade solche Angebote von Fortbildung, Beratung und Unterstützung zielführend, welche beispielsweise die Bedarfe von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern einer Schule erfassen, sortieren und gebündelte Lösungsstrategien entwickeln.

Literaturverzeichnis

- Brandt, Leon A. (2022): Extrem neutral? Verfassungs-, Sozial- und Datenschutzrecht: Anforderungen und Potenziale für politische Bildung, Extremismusprävention, Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen Kindern und Jugendlichen. Berlin.
- Clement, David Yuzva (2020): Offene Kinder- und Jugendarbeit im Kontext des Salafismus. Soziale Arbeit und Radikalisierungsprävention. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Dörfer, Andre (2021): Politische Sozialisation online. Wie gehen Jugendliche mit rechtsextremen Social-Media-Inhalten um? In: Carolin Freier, Joachim König, Arne Manzeschke und Barbara Städtler-Mach (Hg.): Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS (Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement), S. 227–241.
- Fladmoe, Audun; Nadim, Marjan (2017): Silenced by hate? Hate speech as a social boundary to free speech. In: Arnfinn Haagensen Midtbøen und Steen-Johnsen, Kari & Thorbjørnsrud, Kjersti (Hg.): Boundary Struggles: Contestations of Free Speech in the Norwegian Public Sphere: Cappelen Damm Akademisk, S. 45–76.
- Geschke, Daniel; Kläßen, Anja; Quent, Matthias; Richter, Christoph (2019): #Hass im Netz: der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine Bundesweite repräsentativ Untersuchung. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf, zuletzt geprüft am 09.06.2023.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaften. Ein einführendes Studienhandbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 159–174.
- Lamberty, Pia (2020): Verschwörungserzählungen. Zwischen Theorien und Mythen: eine kurze begriffliche Einordnung. Bundeszentrale für politische Bildung (Informationen zur politischen Bildung). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/318159/zwischen-theorien-und-mythen-eine-kurze-begriffliche-einordnung/>, zuletzt geprüft am 01.07.2024.
- Landesamt für Medien NRW (2020): Ergebnisbericht forsa-Befragung zu: Hate Speech 2020. Düsseldorf. Online verfügbar unter https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/NeueWebsite_0120/Themen/Hass/fora_LFMNRW_Hassrede2020_Ergebnisbericht.pdf.
- Materna, Georg; Lauber, Achim; Brüggem, Niels (2021): Politisches Bildhandeln. Der Umgang Jugendlicher mit visuellen politischen, populistischen und extremistischen Inhalten in sozialen Medien. München (Medienpädagogik, 23).

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hrsg.) (2021): JIM-Studie 2021. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest c/o Landesanstalt für Kommunikation (LFK). Stuttgart. Online verfügbar unter <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2021/>.

Meijer, Laura; Sauermann, Pia (i.E.): Die Analyse von Bedarfen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention. Grundsätzliche Überlegungen zur Konzeption und zum Zusammenspiel mit Wirkungsevaluationen. In: Frank Greuel, Franziska Heinze und Frank König (Hg.): Was wirkt wie und warum? Wirkungsevaluationen in pädagogischen Handlungsfeldern für Demokratie und gegen Extremismus. Weinheim: Beltz Juventa.

Meysen, Thomas; Brandt, Leon A.; Witte, Susanne; Fakhir, Zainab; Kindler, Heinz (2022): Fachliches Handeln zum Wohl von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit »anderer«, fundamentalistischer und radikaler Religiosität und Weltanschauung. Handlungsempfehlungen aufbauend auf zentralen Erkenntnissen des Projekts »Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt (RaFiK)«. München.

Oberle, Monika; Hahn-Laudenberg, Katrin; Ditges, Pascal; Stamer, Märthe-Maria (2023): Politische Sozialisation im Jugendalter. Ein Systematic Review des internationalen Forschungsstands auf Basis empirischer Studien in englisch-sprachigen Zeitschriften. DJI. München/Halle (Saale).

Pfanzelt, Hannah; Spies, Dennis C. (2019): The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: Political Research Quarterly 72 (1), S. 34–48. DOI: 10.1177/1065912918775249.

Reinemann, Carsten; Nienierza, Angela; Fawzi, Nayla; Riesmeyer, Claudia; Neumann, Katharina (2019): Jugend – Medien – Extremismus. Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Taft, Jessica K. (2014): The Political Lives of Girls. In: Sociology Compass 8 (3), S. 259–267. DOI: 10.1111/soc4.12135.

Watkins, Ryan; Kavale, Jolanta (2014): Needs: Defining What You Are Assessing. In: New Drctns Evaluation 2014 (144), S. 19–31. DOI: 10.1002/ev.20100.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegeféhrende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Online verfügbar unter <https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>.

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Nockherstraße 2
D-81541 München

Postfach 90 03 52
D-81503 München

Telefon +49 89 62306-0

Fax +49 89 62306-162

www.dji.de